

Steil abwärts

Wie die Landesdenkmalpflege bundesweit entmachtet wird

Finanzminister bestimmen derzeit die Kulturpolitik. Sparen ist die Devise. Und niemand würde aufmucken, wenn die beschlossenen Kürzungen Sachverstand erkennen ließen. Nun meldet sich der Landesdenkmalrat öffentlich zu Wort, nachdem er an seinem gesetzlichen Auftrag, „die Staatsregierung in wichtigen Angelegenheiten zu beraten“, gescheitert ist. Seine Resolution vom 20. Februar wurde erst jetzt kurz nach Bekanntgabe des Haushalts publik. Die Sparmaßnahmen der Regierung treffen eine ohnehin seit Jahren geschwächte Institution. Längst vorbei die Zeiten, als die bayerische Denkmalpflege Vorbild für Deutschland und Europa war. Die Archäologie in Bayern scheint sogar gänzlich abgeschrieben zu sein.

Der Denkmalrat bilanziert, dass die operativen Mittel für die Baudenkmalpflege seit 1990 von 42 Millionen Mark auf 7 Millionen Euro gesunken sind. Jetzt werden nur noch 4,4 Millionen angesetzt – für 123 000 Denkmäler in Bayern.

Ohne Zuschüsse lassen sich aber immer weniger Landwirte und Kleinhandwerker dazu überreden, ihr „altes Klump“ zu reparieren. Die Bayerische Landschaft wird sich in den nächsten Jahren drastisch verändern, vor allen in den Regionen, in denen es wenig Arbeitsplätze gibt. Apropos Arbeitsplätze: Die Förderung der Denkmalpflege kommt dem Handwerk und dem Bau zugute. Experten haben einen Multiplikationsfaktor von acht bis neun für jeden Zuschuss-Euro berechnet. Denkmalpflege braucht Manpower – und zwar hochqualifizierte. Mit Maschinen ist da nichts zu machen, auch nicht mit Baumarktlösungen. Die Kürzungsbeschlüsse werden also kleine Architekturbüros, spezialisierte Ingenieure, Restauratoren aller Sparten und vor allem Steinmetze, Zimmerleute, Schreiner und Glaser treffen. Mit jeder Insolvenz geht Knowhow verloren.

Das Grab der Archäologie

Gravierend sind auch die geplanten Personaleinsparungen. Das Landesamt für Denkmalpflege muss bis zum Jahr 2008 zehn Prozent der ausgewiesenen Stellen streichen. Je nach Altersstruktur der Abteilungen fallen hier mehr und dort weniger weg. Wenn ein Gebietsreferent pensioniert wird – kommt keiner nach. Die eh schon viel zu großen Arbeitsfelder werden zusammengelegt. Derzeit betreut jeder Referent in Bayern etwa 2562 Denkmäler in Gebieten von rund 1500 Quadratkilometern. Zum Vergleich: Das Baden-Württembergische Landesamt war bisher fast doppelt so gut besetzt wie das Bayerische; jeder Referent hatte etwa 988 Bauten in einem Bereich von 415 Quadratkilometern zu betreuen. Bald ist in Bayern eine angemessene „bürgernahe“ Betreuung nicht mehr möglich. Damit konterkariert die Regierung ihre eigenen Forderungen nach einer effektiven, baufristengerechten und kundenorientierten Denkmalpflege. In der Zentrale dürfte es demnächst keine Inventarisationsabteilung mehr geben. Die Forschungsarbeit – ist das Absicht? – kommt zum Erliegen.

Und die Bodendenkmalpflege? Das Stiefkind bayerischer Kulturpolitik steht demnächst gänzlich auf verlorenem Posten. Die operativen Mittel können nicht weiter gekürzt werden. Mit 600 000 Euro hat die bayerische Archäologie noch nicht einmal genügend Geld, um bei der Vorbereitung des Weltkulturerbes Limes mitzuwirken. Nun sollen die Außenstellen in Würzburg, Nürnberg, Landshut und Ingolstadt geschlossen werden. Was nach Einsparung aussieht, ist im Grunde Verschwendung: Alle Dienststellen befinden sich in staatlichen (denkmalgeschützten) Gebäuden. Eine effektive Nachnutzung ist nicht in Sicht, die Unterbringung der Mitarbeiter an anderem Ort schwierig: Die Reisestrecken verlängern und verteuern sich; längere Fahrzeiten bedeuten weniger Präsenz – und die ist in der Bodendenkmalpflege überlebensnotwendig.

Gern wird gesagt, die bayerische Denkmalpflege könne noch froh sein, weil ihr Landesamt noch nicht ganz aufgelöst sei. In Baden-Württemberg wird dieses Modell nämlich gerade im Zuge einer allgemeinen Verwaltungsreform umgesetzt, mit teilweise undurchschaubaren und unpraktikablen Ämterstrukturen: Die unabhängige Fachbehörde ist abgeschafft, die Gebietsreferenten sind den alten Regierungspräsidien zugewiesen. Die Politik gewinnt also an Einfluss. Die vom Architektur-Publizisten Dieter Hoffmann-Axthelm kritisierte Willkür beim Denkmalschutz wird jetzt also amtlich: Regionale Bauvorhaben werden anders beurteilt als private. Eine einheitliche, methodisch fundierte Fachmeinung wird es nicht mehr geben. Der Denkmaleigentümer, der sich beraten lassen will, wird verwirrt vor den Schildern am Haus der ehemaligen Fachbehörde stehen: Der Kopf gehört zum Finanzministerium, das Fachreferat mit den zentralen Diensten (Forschung, Publikation, Restaurierung) zum Wirtschaftsministerium und die für Stuttgart und Umgebung zuständigen Referenten sind Mitarbeiter des Regierungspräsidiums. Konfusion statt Klarheit wird die Folge sein, der Verwaltungsaufwand wird größer werden, die Kommunikation aber schwieriger. Die Ersparnisse der Reform sind also höchst zweifelhaft, die Denkmalpflege aber wird so bedeutungslos, wie es sich viele Bürgermeister immer gewünscht haben.

Im kleinen Saarland hat man sich entschlossen, die unteren Denkmalschutzbehörden ganz aufzulösen. Das Modell wird schon in allen Stadtstaaten praktiziert; es scheint auch hier, wo die Entfernungen kurz sind, vernünftig zu sein. Gleichzeitig wird aber die Autonomie des Landesamtes aufgehoben: Es wird dem Umweltministerium zugeordnet, bleibt also als Stabsstelle faktisch weisungsgebunden. Damit wird amtlich, was in der Praxis schon häufiger zu beobachten war: Bei allen brisanten Fällen gilt das Wort des Ministers – nicht das der Amtsleitung. Interessanterweise gibt es trotz der neuen Strukturen keine gesetzliche Neuregelung der Aufgaben. Das geht gut, solange der Minister der Denkmalpflege wohl gesonnen ist. Denkmalschutz ist also mehr denn je von der Tagespolitik abhängig und damit akut gefährdet. Kürzungen beim Personal, Einsparung von Außenstellen, fehlende Haushaltsmittel – wir bekommen genau die Denkmalpflege, die Hoffmann-Axthelm vor drei Jahren verteufelt hat: eine bürgerferne, willkürliche und restlos überforderte. Während in Europa Politik für die Kultur der Regionen gemacht wird, steuert hier alles auf Selbstbeschränkung zu. Der Bund hat es vorexerziert: Das Dach- und Fachprogramm wurde gestrichen; dafür fahndet man jetzt nach „nationalbedeutsamen Objekten“, die förderwürdig sind. So bekommen wir eine Zweiklassen-Denkmalpflege. Deutschlands Kulturlandschaften werden ärmer.

IRA MAZZONI